

Forschung Marburg



# Der scheinbar alternativlose Krieg

## Friedensforscher analysieren den Libyen-Konflikt: Nato wollte eine neue Doktrin durchsetzen

### ZUR PERSON

Dr. Johannes M. Becker arbeitet als Privatdozent für Politikwissenschaft am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität. Er ist Koordinator des Zentrums für Konfliktforschung und forscht über die Kriege nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern hat er Bücher über die Kriege in Jugoslawien, dem Irak und Afghanistan publiziert. Der 60-Jährige ist nicht nur Friedensforscher, er kennt sich auch in der militärischen Praxis aus: Becker war Reserveoffizier bei der Bundeswehr.



Dr. Gert Sommer war von 1977 bis 2006 Professor für Klinische Psychologie und Gemeindepsychologie an der Philipps-Universität. Er war unter anderem Mitbegründer des „Arbeitskreises Marburger WissenschaftlerInnen für Friedens- und Abrüstungsforschung“ und des „Forums Friedenspsychologie“. Heute gehört der 70-Jährige dem Direktorium des Zentrums für Konfliktforschung an. Zu Sommers Forschungsfeldern in der Friedenswissenschaft gehören Menschenrechte und Feindbilder.



Dr. Gert Sommer war von 1977 bis 2006 Professor für Klinische Psychologie und Gemeindepsychologie an der Philipps-Universität. Er war unter anderem Mitbegründer des „Arbeitskreises Marburger WissenschaftlerInnen für Friedens- und Abrüstungsforschung“ und des „Forums Friedenspsychologie“. Heute gehört der 70-Jährige dem Direktorium des Zentrums für Konfliktforschung an. Zu Sommers Forschungsfeldern in der Friedenswissenschaft gehören Menschenrechte und Feindbilder.

### FRIEDENSFORSCHER

Seit den 1960er Jahren befassen sich in Deutschland Wissenschaftler verschiedener Disziplinen mit der Erforschung von Konflikten, ihren Ursachen und möglichen friedlichen Lösungen.

In Marburg bestand ab 1985 die „Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Friedens- und Abrüstungsforschung“ (IAFA), der Erziehungswissenschaftler, Physiker, Soziologen, Politikwissenschaftler, Theologen, Psychologen und Anglisten angehörten.

Seit etwa zehn Jahren sind die Friedenswissenschaften vielerorts stärker mit den Hochschulen verzahnt. So entstand in Marburg 2001 das Zentrum für Konfliktforschung. Geschäftsführende Direktoren sind Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel und Prof. Dr. Ulrich Wagner. Ähnliche Institute gibt es in Frankfurt/Darmstadt, Hamburg, Magdeburg, Duisburg, Augsburg und Tübingen.

Das Zentrum bietet pro Semester etwa 30 Plätze im Master-Studiengang „Peace and Conflict Studies“ an. Hinzu kommen rund 1000 Studierende, die Friedens- und Konfliktforschung als Nebenfach gewählt haben.

Typisch für die Friedensforschung ist die Einbeziehung verschiedener Fachgebiete. Die Studierenden sollen vor allem lernen, Konflikte aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten – beispielsweise durch Plan- und Rollenspiele – und gewaltfreie Lösungen anzustreben.

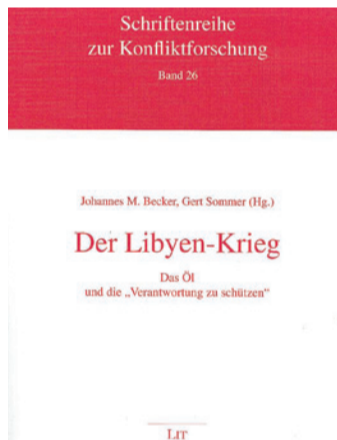
42 Jahre lang herrschte Muammar al-Gaddafi in Libyen – dann sorgte das militärische Eingreifen der Nato für einen Machtwechsel. Aus wissenschaftlicher Sicht war das ein heikler Präzedenzfall.

von Stefan Dietrich

**Marburg.** 2011 war in der arabischen Welt ein Jahr der politischen Umwälzungen. Auch in Libyen kam es zu Unruhen – doch sie fielen aus dem Rahmen der „Arabellion“. „Aus Tunesien hatten wir protestierende Familien in den Medien gesehen“, beschreibt Privatdozent Dr. Johannes M. Becker. „Aus Libyen hingegen sahen wir Bilder bewaffneter Männer.“ Für den Marburger Politikwissenschaftler war dies Anlass, den Konflikt genauer unter die Lupe zu nehmen, in den die Nato mit Luftschlägen gegen das Gaddafi-Regime eingriff. Gemeinsam mit Dr. Gert Sommer, Professor i. R. für Klinische Psychologie, hat er nun ein Buch über den Libyen-Krieg herausgegeben.

### „Konzept missbraucht“

Forscher verschiedener Disziplinen, die fast alle mit dem Marburger Zentrum für Konfliktforschung verbunden sind, analysieren darin Hintergründe und Folgen des Krieges. Kernthese der Friedensforscher: Mit dem Libyen-Krieg wollten westliche Staaten eine neue Doktrin



Libysche Rebellen im März 2011. Durch das Eingreifen der Nato konnten die Aufständischen den Krieg in Libyen gewinnen. Doch die Intervention war ein heikler Präzedenzfall. Archivfoto

durchsetzen. Denn erstmals haben die Vereinten Nationen einen Militäreinsatz erlaubt, um die Bevölkerung eines anderen Staates zu schützen.

Bisher sieht das Völkerrecht einen solchen Eingriff in die Souveränität eines Staates nicht vor: Laut UN-Charta darf ein Staat nur Krieg führen, wenn er angegriffen wird oder der Weltfrieden bedroht ist. Doch soll die Weltgemeinschaft hilflos zusehen, wenn in einem Staat Gräueltaten geschehen? Eine Antwort auf diese Frage versucht das Konzept „Verantwortung zu schützen“ (Responsibility to protect), das von einer UN-Kommission ausgearbeitet wurde: Wenn ein Staat seine Bevölkerung nicht vor Völkermord, Kriegsverbrechen, Vertreibungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schützen kann oder will, dann soll die Weltgemeinschaft eingreifen dürfen – notfalls auch militärisch.

„Das Konzept an sich ist gut“, sagt Friedensforscher Becker, „es wurde aber im Libyen-Krieg

missbraucht“. Denn die UN-Resolution 1973, auf die sich der Militäreinsatz stützt, habe eben nicht die Absetzung des Gaddafi-Regimes vorgesehen – sondern den Schutz der Bevölkerung. Diese Mission sei bereits nach wenigen Tagen erfüllt gewesen, konstatiert er. Die Nato habe den Krieg aber fortgesetzt. Über die Folgen, beispielsweise die Kriegstoten und die Zerstörung der Infrastruktur, werde kaum gesprochen.

### „Anarchie der Staaten“

Zudem sieht das Konzept der Schutzverantwortung einen militärischen Eingriff nur als „Ultima Ratio“ vor. Doch andere Möglichkeiten der Konfliktlösung – insbesondere die Vermittlungsangebote der Afrikanischen Union und der Türkei – seien überhaupt nicht verfolgt worden, kritisieren die Friedensforscher. Stattdessen seien die Aufständischen mit Waffen versorgt und der Krieg psychologisch vorbereitet worden. Aus

dem Machthaber Gaddafi, der kurz zuvor vom Westen hofiert worden war, wurde in der öffentlichen Wahrnehmung „der Irre von Tripolis“. Verhandlungen mit Gaddafi mussten angesichts dieser Darstellung aussichtslos erscheinen, mögliche eigene Interessen der Nato – etwa an Bodenschätzen oder Einflussnahme auf die arabischen Rebellionen – wurden nicht

mehr diskutiert, analysiert der Psychologe Gert Sommer.

Das Beispiel Libyen befeuert daher den Streit, ob das Konzept der Schutzverantwortung eher eine Chance oder eher eine Gefahr darstellt. Als Kern des Buches sehen die Herausgeber deshalb ein Streitgespräch zwischen dem Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Michael Daxner und Dr. Norman Paech, Professor i. R. für Völkerrecht. Daxner befürwortet das Konzept als Ergänzung des Völkerrechts, Paech hingegen betont die Gefahr, dass es zu einer „Anarchie der Staaten“ führt.

In der aktuellen Politik zeigen sich die Folgen des Libyen-Krieges am Beispiel Syrien: Westliche Staaten wollen mehr Druck auf die Regierung von Baschar al-Assad ausüben, China und Russland lehnen das ab, weil sie eine erneute Nato-Intervention verhindern wollen.

Aus Sicht der Wissenschaftler wären nicht-militärische Interventionen erforderlich, unter anderem Verhandlungen, die Einstellung von Waffenlieferungen an die Konfliktparteien, Bereitstellung humanitärer Hilfe und eine faire Berichterstattung. Wenn die Uno zudem über eigene Truppen verfügen würde, dann könnten diese in Konflikte eingreifen, ohne dabei die Interessen einzelner Staaten zu verfolgen.

Johannes M. Becker, Gert Sommer (Hg.): „Der Libyen-Krieg. Das Öl und die ‚Verantwortung zu schützen‘“, LIT Verlag, 288 Seiten, 24,90 Euro.

### HINTERGRUND

## Der Libyen-Krieg

■ Mitte Februar 2011 kam es in der libyschen Stadt Bengasi zu Zusammenstößen zwischen Aufständischen, Polizei und Anhängern von Machthaber Muammar al-Gaddafi. Daraus entwickelte sich ein blutiger Bürgerkrieg.  
■ Der UN-Sicherheitsrat verhängte am 17. März ein Flugverbot über Libyen, um weitere Luftangriffe auf die Zivilbevöl-

kerung zu verhindern. Die Resolution erlaubte Luftschläge, aber keine Bodentruppen. Deutschland enthielt sich bei der Abstimmung.  
■ Zwei Tage später begannen Großbritannien, Frankreich und die USA mit Luftangriffen. Am 22. März griff die Nato ein.  
■ Am 20. Oktober wurde Gaddafi von Rebellen getötet. (dpa)

# „Bei Angriff auf Syrien droht ein Flächenbrand“

## Der Marburger Friedensforscher Johannes M. Becker im Interview über den Libyen-Krieg und die Folgen

Konflikte lassen sich nicht militärisch lösen – diesen Schluss zieht Privatdozent Dr. Johannes M. Becker aus seiner Analyse der Kriege seit 1990.

von Stefan Dietrich

**Marburg.** Der Marburger Friedensforscher warnt vor einer Militär-Intervention in Syrien und schlägt stattdessen nicht-militärische Lösungswege vor.

**OP:** Herr Becker, die Nato sieht ihre Intervention in Libyen als Erfolg an. Können Sie dem zustimmen?

**Johannes M. Becker:** Nein. Wir müssen die Konsequenzen dieses Krieges betrachten: Es gab nach Schätzungen etwa 50 000 Tote. Hinzu kommt eine ungeheuerliche Stärkung der Warlords und eine regionale Zersplitterung des Landes – die östliche Cyrenaika strebt nach Unabhängigkeit. Zum anderen haben die intervenierenden Staaten das Völkerrecht verletzt und die Resolution des Welt-sicherheitsrates „überdehnt“.

**OP:** Jetzt wird darüber diskutiert, ob der Westen auch in Syrien in-

tervenieren soll.

**Becker:** Ein militärischer Angriff auf Syrien würde einen Flächenbrand auslösen, weil mit hoher Wahrscheinlichkeit Iran in diesen Krieg eingreifen würde. Eine ganze Reihe von Experten warnt davor – ehemalige hohe Bundeswehr-Generale, aber auch zum Beispiel der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer. Weiter sagt Todenhöfer, der die Region und Assad sehr gut kennt:

Schaut euch doch bitte mal an, was Assad gemacht hat in den letzten Monaten! Gibt es denn einen Staatschef, der sich wie er an seine Versprechen gehalten hat, dass er versucht, ein gewisses Maß an Demokratie einzuführen?

**OP:** Welche Alternative zum militärischen Eingreifen sehen Sie als Friedensforscher bei Konflikten wie in Libyen oder Syrien?

**Becker:** Man muss unterschei-

den zwischen kurzfristigen und langfristigen Konfliktregelungen. Langfristig geht es darum, wie Konflikte entstehen. Der Hamburger Arbeitskreis Kriegsursachenforschung (AKUF) hat die Kriege seit 1945 untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen: Das Gros der Konflikte beruht auf der unterschiedlichen Verteilung des Reichtums auf der Welt. Schauen Sie sich folgende vier Zahlen an: Weltweit wurden im vergangenen Jahr 100 Milliarden Dollar für öffentliche Entwicklungshilfe ausgegeben. Demgegenüber standen 360 Milliarden Dollar für die Abschottung unserer Märkte gegenüber den Entwicklungsländern und 1700 Milliarden Dollar für Rüstung. Und nur 42 Milliarden Dollar würden wir nach Berechnung der Vereinten Nationen brauchen, um den Hunger auf der Welt zu halbieren.

**OP:** Und was kann man kurzfristig tun?

**Becker:** Kurzfristig können wir jegliche Rüstungsexporte einstellen, die Zivilgesellschaft im Land stärken und mit der Regierung verhandeln. Der Friedensforscher Ekkehart Krippendorff hat für Libyen ein Konzept für eine nicht-militärische

Lösung entwickelt: Man hätte die Söldner aufklären sollen über die Folgen von Menschenrechtsverletzungen, Anlaufstellen für Überläufer und Flüchtlingslager einrichten und Mediatoren für Waffenstillstandsgespräche in das Land schicken. Es gibt für Konflikte wie in Libyen oder Syrien keine einfache Lösung. Aber: Krieg ist keine Lösung. Das wissen wir aus den letzten vier Kriegen.

**OP:** Den Slogan „Krieg ist keine Lösung“ hat sich ja auch die Friedensbewegung auf die Fahne geschrieben. Worin besteht der Unterschied zwischen der Friedensforschung und der Friedensbewegung?

**Becker:** Friedensforschung versucht zu eruieren, wie Konflikte entstehen und wie man Konflikte nicht-militärisch regeln oder lösen kann. Wir arbeiten mit unterschiedlichsten didaktischen und methodischen Mitteln. Und eines unserer wichtigsten Handwerkszeuge ist, dass wir die Studierenden zu lehren versuchen, die Perspektive zu wechseln. Die Friedensbewegung stützt sich im Idealfall auf die Ergebnisse der Friedensforschung und versucht, mit demokratischen Mitteln etwas zu erreichen.



Friedensforscher Dr. Johannes M. Becker. Foto: Thomas Breme